

# Facebook und Twitter müssen härter gegen Hass und Hetze vorgehen

Die Internetkonzerne geben selbst zu, dass sie ein Problem haben, aber noch immer tun sie zu wenig. Ihre Nutzungsbedingungen lassen zu viel Spielraum. Der nächste Test wird der amerikanische Wahlkampf

ORIT FARKASH-HACOHEN



**D**er deutsche Promi-Koch und Autor Attila Hildmann hat auf seinem von 60.000 Menschen abonnierten Telegram-Kanal eine Umfrage durchgeführt: „Wer finanzierte den Holocaust? A: die Japaner – B: die Zionisten – C: die Araber“. 87 Prozent der fast 6000 Teilnehmer votierten für „die Zionisten“. Auf Twitter bezeichnet der Oberste Führer des Iran, Ali Khamenei, mein Land Israel als „tödliches Krebsgeschwür“, das „zerstört“ werden müsse.

Zwei Pandemien gehen derzeit um die Welt: Covid-19 infiziert Menschen direkt. Hass und Antisemitismus, wie in den genannten Beispielen, infizieren alle wichtigen sozialen Medien. Wie bei Covid-19, so beginnt auch online der Hass mit einigen wenigen infizierten Individuen, und dann sickert er, oft unbemerkt, in den Mainstream hinein. Manchmal sind die Symptome mild und harmlos. Manchmal sind sie tödlich.

Zusammen mit anderen Minderheiten warnen Juden seit mehr als einem Jahrzehnt lautstark vor diesem Virus des Hasses. Und wie die LGBT-Community, wie Schwarze, wie Muslime sind sie seit Jahren sein bevorzugtes Opfer. Allein schon der Umfang der geposteten Hassreden kann Forscher zur Verzweiflung treiben. Nach Angaben der amerikanischen „Anti-Defamation League“ wurden 2017 allein auf Twitter 4,2 Millionen antisemitische Tweets abgesetzt, Teil eines Meeres von Hass. Anfang Juli entfernte YouTube 25.000 Kanäle wegen „hate speech“.

Folgende Überlegung erklärt, warum wir uns Sorgen machen sollten. Wenn die Geschichte des Antisemitismus eine Lehre bereithält, dann diese: Was als hasserfüllte Rhetorik anfängt, kann schnell umschlagen in Gewalt und Verfolgung, ja Schlimmeres. Viele der heute begangenen Hassverbrechen – wo auch immer und gegen wen auch immer – nahmen ihren Anfang mit Hassreden auf Onlineplattformen, besonders in den sozialen Medien. Deshalb geht es um mehr als Laptops und Smartphones und um mehr als legitime Diskussionen um die freie Meinungsäußerung. Wir müssen entschlossen sein, künftige Gewalt zu verhindern.

Jahrelang haben die Giganten der sozialen Medien zwar zugegeben, dass sie ein Problem haben, und sie haben erklärt, dass sie „mehr tun müssen“. Sie ließen das Problem aber gedeihen und unternahmen wenig, um vorbeugend dem Online-Hass zu begegnen. Die Nutzungsbedingungen sind wortreich und, wenn es darum geht, sie anzuwenden, auslegungsfähig. Zwar gibt es Anzeichen, dass die Unternehmen endlich das Problem ernst zu nehmen beginnen, aber wir sollten ihnen erst glauben, wenn wir Taten sehen. Und wenn wir von Taten reden: Anfangen müssen wir mit zwei Schritten.

Wie in der wirklichen Welt, so auch online: Wenn man Hetze und Antisemitismus bekämpfen will, muss man ihn zuerst definieren. Wer zum Mord an Juden aufruft, betreibt offenkundig Hetze. Aber was ist mit anderen wichtigen, aber erheblich weniger offenkundigen Aussagen wie „Die Juden kontrollieren die Finanzwelt“, „Israelis sind Nazis“ oder „Der Holocaust wurde übertrieben“?

Wir brauchen eine klare Definition des Antisemitismus für die sozialen Medien. Will man ihn bekämpfen, muss man ihn definieren. Zum Glück gibt es schon eine Definition. Die multinationale Internationale Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) formulierte 2016 eine Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die inzwischen von zwei Dutzend Staaten und der Europäischen Union offiziell übernommen worden ist. Wenn diese Arbeitsdefinition von so vielen Staaten übernommen wurde, hoffe ich doch, dass „souveräne Körperschaften“ wie Facebook, Twitter, Google und TikTok das auch tun können. Kritik an Minderheiten oder am Staat Israel ist nicht per se Hetze; die Arbeitsdefinition stellt ausdrücklich fest, dass Kritik an Israel nicht Antisemitismus ist.

Der zweite Schritt sind Transparenz und Berichterstattung. Deutschland verlangt, dass die Betreiber von sozialen Medien regelmäßig Berichte über die bei ihnen eingegangenen Beschwerden, auch über Aufrufe zum Hass und über die dagegen eingeleiteten Maßnahmen veröffentlichen. Im vergangenen Jahr wurde Facebook in Deutschland zu einer Strafe von zwei Millionen Euro verurteilt, weil das Unternehmen nicht ausreichend über die Beschwerden berichtete. Alle Betreiber von sozialen Medien sollten eine Politik der offenen Berichterstattung akzeptieren; die Berichte sollten von einem unparteiischen externen Prüfer verfasst werden.

Ein klares Verständnis von Antisemitismus und eine unabhängige, transparente Berichterstattung sind also der Anfang. Übrigens ohne Ausnahme. Trotz der Twitter-Nutzungsbedingungen bleiben die Tweets von Ali Khamenei online. Unberührt. Twitter weigert sich hartnäckig, die Posts zu entfernen oder auch nur mit einem Warnhinweis zu versehen. In der Antwort auf einen Brief, den ich dem Unternehmen in dieser Sache schrieb, heißt es, Staatsmänner würden an anderen Maßstäben gemessen. Ich frage jedoch: Wenn der Aufruf zur Zerstörung eines Landes keine Volksverhetzung, keinen Aufruf zur Gewalt darstellt, was denn? Hetze ist Hetze, umso mehr, wenn sie von lautstarken Führern stammt. Den Jüdischen Staat als „Krebsgeschwür“ zu bezeichnen, ist ein klassisches Beispiel unentschuldigbarer antisemitischer Rhetorik.

Mark Zuckerberg hat kürzlich angekündigt, Facebook wolle Versuche der Wählereinschüchterung und Gewaltaufrufe im kommenden US-Wahlkampf verhindern. Daraufhin sagte seine Co-Geschäftsführerin Sheryl Sandberg: „Facebook muss besser werden beim Entfernen von Hassrede.“ Es wird Zeit, dass alle sozialen Medien anfangen, gegen Hassrede vorzugehen. Je früher, desto besser. Es sind die sozialen Medien, die heute die öffentliche Wahrnehmung und die öffentliche Meinung kontrollieren. Ein solcher gewaltiger Einfluss muss mit Rechenschaftspflicht einhergehen. Meinungsfreiheit deckt nicht die Freiheit, Hass zu verbreiten.

Diese Pandemie hat die Gesellschaft geschaffen, und wenn die Gesellschaft sie nicht behandelt, wird sie schlimmer werden und Menschenleben fordern.

■ Orit Farkash-Hacohen ist Israels Ministerin für strategische Angelegenheiten und Mitglied im Nationalen Sicherheitskabinet. Übersetzung aus dem Englischen von Alan Posener.